

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffsetten und J. B. v. Schweizer.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Express-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnbaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“, am 15. October l. J.

(Mit einiger Anseilung nach stenograph. Aufzeichnung.)

(Fortsetzung.)

Welche Bewandniß also, m. H., hat es mit den beregten Productiv-Associationen mit Staatscredit?

Wir haben festgestellt, daß unter der jetzigen Productionweise der Arbeiter nicht den durch seine Arbeit geschaffenen Newerth, nicht den Ertrag der Arbeit erhält, sondern daß vielmehr dieser lediglich dem capitalbestehenden Unternehmer zufällt, während der Arbeiter von diesem mit einem kärglichen, nur gerade für den nothwendigsten Lebensunterhalt ausreichenden Lohne abgefunden wird. Wir haben weiter festgestellt, daß die Ursache dieses Sachverhalts in dem Umstande liegt, daß die selbstständige Arbeit an die Vorbedingung des Besitzes vorhandener Werthgegenstände gebunden ist, welche Vorbedingung eben von den Besitzlosen nicht erfüllt werden kann, daher sie der Herrschaft des Kapitals verfallen.

Es handelt sich also darum, den Besitzlosen, welche durch Arbeit neue Werthgegenstände erzeugen wollen, jene Vorbedingung zu ermöglichen.

Demzufolge hat der Staat den zu begründenden Productiv-Associationen die Beschaffung der zur Betreibung der Arbeit erforderlichen Gegenstände möglich zu machen.

Der Vorschlag, Productiv-Associationen mit Staatscredit zu begründen, besagt also: daß den Arbeitern, welche zur Betreibung eines bestimmten Arbeitszweiges zusammentreten, die Verwirklichung dieses Vorhabens, welche durch die Kräfte der Einzelnen unmöglich wäre, durch das Eingreifen der Gesamtheit, den Staat, ermöglicht werden soll.

Es ist klar, m. H., daß zu diesem Zwecke der Staat in irgend einer Form Capital beschaffen muß; allein lassen Sie uns, bevor wir an die Betrachtung jenes Umstandes gehen, zuvörderst einen Blick auf das Innere jener Associationen werfen!

Wie dieselben im Inneren des Näheren einzurichten sein würden, dies, m. H., kann man sich auf verschiedene Weise denken, und es muß diese Einrichtung sogar eine verschiedene sein je nach den verschiedenen Arten der zu betreibenden Gewerbezweige. Allein einiges Gemeinsame, m. H., läßt sich, als Grundlage bildend, für alle derartigen Associationen sagen. Zunächst müssen die Arbeiter, welche sich zu einer Association vereinigen, dafür sorgen, daß unter ihnen selbst strenge Zucht und Ordnung anrecht erhalten werden, was sie am Besten durch Einsetzung eines Ausschusses, den sie selbst wählen und mit den nöthigen Befugnissen ausstatten, erreichen können. Es ist ferner nöthig, daß die Association nach außen vertreten, daß der

Absatz ihrer Erzeugnisse besorgt werde u. s. f. Sie werden also hierzu bestimmte Organe, je nach Zweckmäßigkeit einzelne Personen oder Anschläge, einzusetzen haben. Die Hauptsache hierbei ist diese: daß ein Jeder, der etwas Namens der Gesamtheit oder für sie zu besorgen hat, dies kraft des ausdrücklichen Vertrauens, als gewählter Vertrauensmann, thut. Und wie könnte es auch anders sein! Sehen wir ja doch fortwährend voraus, daß diese Productiv-Associationen in einem freien und volkethümlichen Staate wirken und schaffen; und wie dieser auf dem Willen der Gesamtheit beruht, so muß ja auch jede einzelne große Einrichtung in ihm vom demokratischen Geiste getragen sein. (Beifall.)

Was nun insbesondere die Frage betrifft, in welcher Weise die von der Association geschaffenen Gegenstände, oder vielmehr, der diesen Gegenständen entsprechende Werth zur Vertheilung kommen solle, so müssen für die Beantwortung dieser Frage zwei Gesichtspunkte maßgebend sein:

einmal ist es nöthig, daß ein Sporn persönlicher Thätigkeit bleibe, so daß einer durch besonders angestrenzte und geschickte Thätigkeit sich persönlich besser zu stellen die Möglichkeit vor sich sehe; ferner aber auch ist es nöthig, daß die Forderung der Gleichheit möglichst zur Verwirklichung komme, jene Forderung, welche, abgesehen vom ursprünglichen Rechte, praktisch daraus hergeleitet werden kann, daß ja auch zur Erhaltung der staatlichen Gesellschaft, dieses Organismus, welcher jeder ungesicherten Production und jedes Genusses Voraussetzung ist, Alle zusammenwirken.

Man halte also zweierlei auseinander:

Die Thätigkeit soll angepörrt, der Fleiß soll seinen Lohn, die Trägheit ihre Strafe finden — aber andererseits, m. H., keine Aristokratie des Talentes und der natürlichen Begabung, sondern in dauernder Sicherstellung eine Ermöglichung der Genüsse der Erde auch für die minder Begabten! Kaum brauche ich darauf hinzuweisen, daß der unverschuldet arbeitsunfähig Gewordene in einer brüderlichen Gesellschaft sein Antheilsrecht nicht verlieren kann.

Wie die beiden erwähnten Gesichtspunkte — Anspornung der Thätigkeit durch die Möglichkeit persönlicher Besserstellung und Verwirklichung der Privattheils- und Gleichheitsidee — am Zweckmäßigsten zu verwirklichen seien, mag im Einzelnen und Näheren dahingestellt bleiben.

Man kann empfehlen, die Lohnverhältnisse (ob Tag- oder Stücklohn) anschließend an die jetzigen Verhältnisse vorerst beizubehalten, so daß also Jeder je nach seiner Leistung verschiedene Einnahme hätte; ferner aber, um auch das zweite Princip zu verwirklichen, wäre in diesem Falle am Schlusse des Jahres der Newertrag der Production zu gleichen Theilen an sämtliche Mitarbeiter zu vertheilen. Oder auch: man vertheilt diesen Ertrag nicht zu gleichen Theilen, sondern mit gewissen, den Unterschieden der Leistungen des Einzelnen nicht ganz

zwar, aber bis zu einem gewissen Grade entsprechenden Unterschieden, in welchem Falle einem Jeden je nach Bedarf zeitweilige Vorschüsse auf den zukünftigen Ertrag auszubahlen wären.

Mag dies übrigens so oder anders eingerichtet werden — immer, m. H., ist die neue Einrichtung eine von der jetzigen gänzlich unterschiedene. Denn was eine solche Association von einer Fabrik nach jetzigen Verhältnissen durchgreifend unterscheiden würde ist Folgendes:

In einer Fabrik nach jetzigen Verhältnissen hat bei Jahresluß die Gesamtheit der Arbeiter den für diese Arbeitermenge durchaus nothwendigen Jahreslohn erhalten. Die Löhne aller Einzelnen, zusammensummirt, sind dieser Gesamtlohnbetrag. Außer diesem Betrage nun ist durch die das ganze Jahr fortgesetzte Arbeit ein, meist sehr erheblicher, weiterer Werth entstanden. Mit diesem weiteren Werthe aber haben die Arbeiter nichts zu schaffen, sondern es fällt derselbe vielmehr dem kapitalbesitzenden Unternehmer der Arbeit, dem Fabrikanten, in die Kasse.

In den gedachten Associationen hingegen, m. H., ist der Gegensatz von Arbeitern und Unternehmern aufgehoben; die Gesamtheit der Arbeiter ist der Unternehmer; was also überhaupt an neuem Werth entsteht, fällt dieser Gesamtheit der Arbeiter in die Kasse, kommt somit auch jedem Einzelnen zu Gut.

Sie sehen also, m. H., daß hier der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, Lohnarbeiter und Unternehmer aufgehoben, den Arbeitenden das volle Werthergebniß ihrer Thätigkeit gesichert ist.

Allein, m. H., es handelt sich nicht darum — und Sie werden sich erinnern, daß ich dies zu Eingang nachdrücklich betont habe — da oder dort Arbeiter zu Unternehmern zu machen, sondern es besteht die Aufgabe vielmehr darin, eine Ungleichung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit überhaupt anzubahnen; oder anders gesagt: es handelt sich nicht darum, die Lage einzelner Arbeiter zu bessern, sondern darum, die Klassenlage der Arbeiter überhaupt zu heben.

Hieraus ergeben sich wesentliche Gesichtspunkte, welche man beim Ins-Leben-Rufen jener Productiv-Associationen festzuhalten hätte.

Worin bestehen diese Gesichtspunkte?

(Fortsetzung folgt.)

## Politischer Theil.

### Deutschland.

\* Berlin, 1. Oct. [Zur schleswig-holsteinischen Frage] wird bekannt, daß übermorgen die Mittelstaaten am Bunde einen Antrag auf sofortige Einberufung der holsteinischen Stände stellen, die „Vormächte“ aber, wie man sich umbe-

rechtiger Weise jetzt häufig ausdrückt, die Ablehnung dieses Vorschlages beantragen werden.

[Ueber die Haltung der Mittelstaaten] den Drohnnoten der beiden Großmächte gegenüber, schreibt der Frankfurter Correspondent der „Rhein. Ztg.“, daß der bayerische Gesandte beim Bunde, Frhr. v. Schrenk, seinen Einfluß geltend gemacht habe, um den Senat zum Widerstande gegen die Bergewaltigung zu ermuntern. Von Württemberg erfährt man, daß Herr v. Barnbüler, der sonst einige Sympathien für die Bismarck'sche Politik entwidelt, diesmal dieselbe in mehr kräftigen, als diplomatischen Ausdrücken mißbilligt und dem Auftreten der beiden Mächte Schuld giebt, daß durch dasselbe die demokratischen Fraktionen wieder geeinigt würden. Sachsen ist zur Hand mit allerlei wortreichen Protesten und Reservationen. Hannover scheint sich zu ducken. Nach der Haltung der „Karlsruh. Ztg.“ muß angenommen werden, daß der neue badische Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Drohnnoten unumwunden mißbilligt. Was die Haltung der Kleinstaaten betrifft, so sind nur wenige eingeschüchert und die Mehrzahl scheint zu glauben, daß die „Vormächte“ sich auf einem Wege befinden, auf welchem sie nicht lange zusammen wandeln dürften. Aus Berlin erfährt man die sehr interessante Thatsache, daß die Note vom 6. d. von dem Grafen Bismarck selbst entworfen worden und von Biarritz nach Berlin gesendet worden ist.

[Die Reaction betreffend] erhält sich das Gerücht, daß die „Vormächte“ einen Schlag gegen das Vereinsrecht vermittelt des Bundestages zu führen gedenken. Insbesondere soll es auf diejenigen Vereine abgesehen sein, welche unter „Central-Ausschüssen“ stehen. Soll wohl heißen: welche sich über ganz Deutschland erstrecken — denn nicht einmal in Vereinen will man die Zusammengehörigkeit aller Deutschen anerkannt sehen.

[Der mitgetheilte Beschluß des Nationalvereins] war nicht vollständig. Es fehlte der Schluß, den das preussische Telegraphenamt nicht wollte passiren lassen. In diesem Schlusssatz erfährt die Behandlung der Herzogthümer durch die „Vormächte“ eine scharfe Verurtheilung.

[Der Landgraf von Hessen-Homburg] über 80 Jahre alt, ist schwer erkrankt. Bei seinem Tode würde Hessen-Homburg an das Großherzogthum Hessen fallen.

\* **Wien, 30. Oct.** [Zur Page.] Die lang-ersehnte „Einigung“ zwischen den deutschen Landtags-Abgeordneten, welche „auf dem Boden der Verfassung stehen“ (jammervoll!), ist in den letzten Tagen endlich erzielt worden. Diese geht, in wenige Worte gefaßt, einfach dahin, daß die Competenz der Landtage, wie sie die „Verfassung“ feststellt, nicht zu überschreiten, die Behandlung jeder vor den Reichsrath gehörenden staatsrechtlichen Frage abzulehnen sei. Es erwächst nun die Frage, ob die deutschen Abgeordneten in den Landtagen mit diesem Programm durchdringen werden. In jenen der deutschen Kronländer wohl; ob aber auch in jenen, in welchen, wie z. B. im böhmischen, die föderalistischen Tendenzen die Oberhand gewinnen dürften, ist eine andere Frage. Wie fruchtlos und lächerlich alle diese, innerhalb der großen gemeinsamen Staatsconfusion sich bewegenden Mittelchen sind, bedarf keiner Ausführung. — Alle Berichte stimmen darin überein, daß in den Belkreisen der österreichische Credit ein sehr geringer geworden ist. Niemand hat Zutrauen auf die Zukunft des alten Habsburgerstaates. — Die Wahlbewegung in Ungarn nimmt fortwährend zu und führt häufig zu tumultuarischen Scenen.

[Zur „deutschen“ Politik Oesterreichs] wird der „Augsb. Allg. Ztg.“ aus Frankfurt a. M., 29. Oct., vielfach treffend, geschrieben: Wiener Blätter haben wohl daran getan den Widerstand zu rügen, welcher zwischen den Thatsachen der deutschen Politik Oesterreichs und gewissen ewig wiederholten officiösen Versicherungen besteht, daß diese Politik nicht aufgehört habe, und nicht aufhören werde, in der innigsten Verbindung mit Deutschland ihr eigentliches Princip und die Bedingung der Macht und Sicherheit des Kaiserstaats zu erkennen. Für welche Fassungskraft müssen wir hier aufstehen, schreiben die officiösen Redner zu Wien? Die Welt ist lange genug mit dem

Widerspruch zwischen den beklagenswerthen Thatsachen und den officiösen Trostworten behelligt worden, um allmählich die letztern widerwärtig zu finden. Mit den Thatsachen weiß sich am Ende ein jeder Mensch abzufinden. Glaubt das österreichische Cabinet in seiner deutschen Politik den rechten Weg zu gehen: nun wohl — die Hauptfolgen wird Oesterreich selbst zu tragen haben. Das schlimmste was uns bezeugen kann, ist, daß wir preussisch werden wie Sileswig-Holstein. Wir können das anhalten, wenn es so sein muß; ob es Oesterreich anhalten kann, ist nicht unsere Sache. Aber man soll uns mit den officiösen Redensarten von der innigen Verbindung des Kaiserstaats mit Deutschland verschonen, welche für unsern Verstand anfangen delirirend zu werden. Man sage uns gerade heraus: „Oesterreich hat mit sich selbst zu thun, und kann sich nicht um Deutschland bekümmern. Seht, da draußen, wie ihr mit Preußen durchkommt. Die höchste Freundschaft die wir euch erweisen können, ist daß wir euren Uebergang unter preussische Herrschaft durch einen dazwischen geschobenen Mittelstich eine mildere Form geben lassen.“ — nun so wissen wir woran wir sind! — Aber man verschone uns mit jenen Liebesworten als handle es sich, wenn wir widersprechen, um das Schmolzen zwischen Liebenden, da wir Männer sind, die da Politik treiben, und eben so mit den officiösen Versicherungen des Festhaltens am großdeutschen Föderativsystem!

## Ausland.

\* **Paris, 30. Oct.** [Tagesbericht.] Es wird Ernst mit der Ausführung des September-Vertrages. Die französischen Fregatten, welche den ersten Schub der heimkehrenden Franzosen aufnehmen sollen, sind am 29. October in Civita-Vecchia vor Anker gegangen. Das in Rom garnisonirende 59. Linien-Regiment eröffnet den Reigen. Wann die zweite und wann die dritte und letzte Brigade abzieht, mag nach Tag und Stunde noch nicht im Rathe des Kaisers so fest entschieden sein, wie einige Blätter behaupten, andere läugnen; daß aber die Räumung unter dem September-Vertrage stipulirten Bedingungen erfolgen wird, dürfte nicht mehr zu bezweifeln sein. Die französische Regierung hat schließlich eine schrittweise Räumung beliebt, um dreimal der römischen Curie das: „Hilf dir selber!“ zuzurufen, oder, wie die Legationisten sagen, „dreimal den Herrn zu verlängern.“ — Der „Abend-Moniteur“ enthält heute folgende Mittheilung: „Bei Gelegenheit der Depesche des Hrn. Drouyn de Lhuys über den Tod Lord Palmerston's constatirt die „Morning Post“ die gute Eintracht, welche zwischen Frankreich und England herrscht. Eine große Veränderung, so sagt dieses Journal hinzu, hat sich in dem Tone der englischen Journale Betreffs der kaiserlichen Regierung kund gegeben. Man findet in denselben keine systematischen Angriffe mehr gegen den Erwählten (!) der französischen Nation (Veider!) und seine Handlungen werden vollständig gewürdigt. Die Loyalität und der praktische Sinn, welche die Engländer kennzeichnen, haben über Leidenschaften und Vorurtheile triumphirt. Wer dem herzlichen Einverständnisse den verdienten Werth beilegt, ist heute befriedigt, und Lord Palmerston schulden sie den Dank für den Anstoß, den er zu der Allianz Englands mit Frankreich gab.“ — Ferner kündigt der „Abend-Moniteur“ heute an, daß von jetzt ab außer den Geistlichen auch die Gemeinderäthe Frankreichs das Blatt unter dem Preise, nämlich mit 20 Procent Rabatt, also zu 4, 8, 16 Franken statt zu 5, 10, 20 Franken, abonniren können. — Eine Moniteur-Correspondenz aus Washington verweist mit Wohlgefallen auf dem letzten Finanzberichte der Vereinigten Staaten und der in demselben constatirten Verminderung der Staatsschuld. Auch macht dieselbe darauf aufmerksam, daß das washingtoner Cabinet in dem Verlaufe seines unermesslichen Kriegsmaterials unausgeseht fortfabre. So habe kürzlich erst ein Agent von Hayti die Corvette erster Klasse „Galathea“ um die Summe von 45,000 Dollars angekauft. Die gesammte Presse der Vereinigten Staaten spricht sich für Ersparnisse aus. — Die „France“ hat heute einen merkwürdigen Leitartikel über „das Schweigen“, das die Alten zu einer Gottheit erhoben, das man aber bei Leibe nicht zu einem Regierungsprincip machen dürfe, welches jedoch leider sehr zur Staatsregel geworden sei. Paris werde jetzt zum vierten Male von der Cholera heimgesucht und

man komme auf allerlei trübe Gedanken. Dazu komme der Ausbruch eines neuen Anstandes in Algerien; derselbe werde wohl rasch niedergeschlagen werden, indeß man mache sich doch Sorge und frage sich, warum der „Moniteur“ hartnäckig schweige. Das sei weder eine weise, noch eine gute Politik! Schweigen sei Nacht, Nacht die Zeit der Gespenster, der Fabeln; die modernen Völker liebten das Licht, sie forderten die Wahrheit; was helfe da alles Vertuschen? Uebrigens ist nicht genau herauszubringen, ob die Cholera in Paris im Ab- oder im Zunehmen begriffen ist. Jedoch scheint letzteres der Fall zu sein. — Die von einem Pariser Blatt in jüngster Zeit angeregten „Rheingelüste“ finden gerade im Elsaß nicht den geringsten Wiederhall. Die dortigen Zeitungen, besser unterrichtet von dem in den Nachbarländern herrschenden deutschen Geiste, klären in diesem Punkte die französische Presse einigermassen auf. — Das „Pays“ dementirt das von mehreren Blättern gegebene Gerücht, daß der Erzbischof von Paris seit seinem letzten Besuche der Hospitaller krank sei. Die Gesundheit des Mgr. Darboy ist vielmehr eine vortreffliche. — Die Maßreglungen gegen die Presse dauern in ganz Frankreich fort.

\* **London, 30. Oct.** [Das neue Ministerium.] Da Lord Russell im Laufe der vorigen Woche vertrauliche Besprechungen mit jedem einzelnen seiner Collegen gepflogen hatte, war das vorgerigete Cabinet-Conseil nichts mehr denn eine bloße Förmlichkeit. Dasselbe gilt von der Sanction, die gestern dem neugebildeten Cabinette von der Königin in Windsor ertheilt worden ist, und es gestaltet sich Alles so, wie schon zu Anfang der vorigen Woche vorhergesagt worden war: Lord Russell tritt an Lord Palmerston's, Lord Clarendon an Lord Russell's Stelle, die übrigen Minister behalten die Posten, welche sie unter Lord Palmerston's Premierschaft innegehabt hatten, und der Personenwechsel, der durch die Besetzung der Kanzlerstelle für das Herzogthum Lancaster nöthig wird, hat weiter keine Bedeutung für die Gesamtpolitik des neuen Cabinet's, wenn er auch dem neuen Premier Sorge machen mag. Man muß bedenken, daß mit Ausnahme Gladstone's die Hauptvertreter des Cabinet's als Peers im Oberhause sitzen, wodurch die Stellung des Schatzkanzlers im Unterhause eine so überaus beschwerliche werden müßte und daß Lord Russell aus diesem Grunde darauf bedacht sein wird, ihm womöglich einen befähigten Collegen zuzugezellen, das ihm dies jedoch sehr schwer fallen dürfte, insofern die Wahl eine beschränkte sei. Diese Schwierigkeit scheint bis zur Stunde noch nicht gehoben zu sein. Wohl hieß es in den letzten Tagen, es seien Herrn Lowe Anerbietungen gemacht worden, in das Ministerium zu treten, damit er die gesuchte Stütze für den Schatzkanzler abgebe, doch sprechen gegen diese Angabe zu gewichtige Gründe, als daß sie glaubwürdig erscheinen könnte. Herr Lowe hat sich so offen gegen jede weitere Reform ausgesprochen, daß sein Eintritt ins Ministerium beinahe gleichbedeutend wäre mit einer Erklärung Lord Russell's, daß er selbst den Gedanken an eine Reformbill abgeschworen habe.

[Neuestes aus Amerika.] Aus New-York, 21. v. M., wird gemeldet, daß ein dasselbst stattgefundenes Meeting die Verwaltung Johnson's gebilligt hat. Auch erklärte dasselbe, die Monroe-Doctrin müsse betreffs Mexiko's in Anwendung gebracht werden. — Der Staatssekretär Seward hat in einer Rede die Erwartung ausgesprochen, daß sich die republikanischen Staatseinrichtungen wieder erneuern und auf dem amerikanischen Continente überall da wieder zur Anerkennung kommen würden, wo sie bereits früher bestanden hätten, und dieser Fortschritt werde sodann nicht verfehlen, Einfluß auf die europäischen Staaten zu üben. — Die Konvention von Nord-Carolina spricht sich für Zahlung der Konföderirten-Schuld seitens der Union aus. — Man versichert, daß der Kongreß der Fenier einen geheimen Beschluß von großer Tragweite gefaßt habe.

\* **Italien.** [Wahlergebnis. Verschiedenes.] Es sind bis jetzt 347 Wahlen bekannt, davon sind 204 auf frühere Deputirte, die übrigen